

„Die Gieme“

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands S.-D.

Abonnementpreis pro Monat:
30 Goldpfennig.

Verlag: Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschl.
Berlin P.O. 68, Gieselerstr. 21-23

Die Gieme für die „Gieme“ an H. Gieseler, Ulm a. D., Poststr. 47, Telefon 1448.
Die Gieme ist ein Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands S.-D.
Abonnementpreis pro Monat: 30 Goldpfennig.
Verlag: Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschl., Berlin P.O. 68, Gieselerstr. 21-23.
Die Gieme für die „Gieme“ an H. Gieseler, Ulm a. D., Poststr. 47, Telefon 1448.

Anzeigen die 6-gespaltene Petitzeile
20 O.-Pf., Arbeitsmarkt 15 O.-Pf.
Ortsvereinsanzeigen 10 O.-Pf.

Die Frage der Lohnpolitik.

Bekanntlich richtete die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände unter dem 28. März d. Js. in der Frage der Lohnpolitik ein Rundschreiben Nr. 86 an ihre Unterverbände. In diesem Rundschreiben wird die folgende Behauptung aufgestellt: „Die allgemeine Erhöhung des derzeitigen Lohn- und Gehaltsniveaus um 1 Pfg. pro Stunde würde für die ganze Wirtschaft eine Mehrbelastung von 500 Millionen Goldmark im Jahr ausmachen.“ Unter Bezugnahme auf die unbedingte Aufrechterhaltung unserer Währung sagt dann das Rundschreiben weiter: „Aus dieser Zahl ist die Auswirkung der Lohnpolitik auf die Währung für jeden ersichtlich. Regierung und Wirtschaft haben demnach die gemeinsame Pflicht, sich gegen die mit einer allgemeinen Lohnerhöhung für die Währung verbundene Gefahr mit allem Nachdruck zu stemmen. Wir müssen von dem Reichsarbeitsminister, den Schlichtern und der Arbeiterschaft verlangen, daß sie dieser Gefahr auch ihrerseits Rechnung tragen, da der erneute Zusammenbruch der Währung auch die deutsche Arbeiterschaft vernichten würde.“

Gegen diesen sehr deutlichen Appell an die Reichsregierung und die Schlichtungsorganen, Lohn und Gehalt auf das jetzige für die Arbeiter- und Angestelltenchaft unerträglich niedrige Maß zu halten, müssen die Arbeitnehmerorganisationen protestieren und damit auch zugleich gegen die sehr einseitige volkswirtschaftliche Auffassung der Unternehmer. Die Spitzenorganisationen der 3 Richtungen haben deshalb an den Reichskanzler das dringende Gesuch gerichtet, den Vertretern der organisierten Arbeiterschaft Gelegenheit zu einer Besprechung dieser Fragen zu geben. Diese Aussprache mit der Regierung hat am 19. April stattgefunden. Als Grundlage dienen die von den Spitzenorganisationen gemeinsam aufgestellten folgenden Richtlinien:

Die unverkennbar grundsätzliche Stellungnahme der Reichsregierung zu der Frage des zur Zeit für die deutsche Volkswirtschaft tragbaren Lohnanteils und die im Rundschreiben der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände vom 28. 3. 1924 an die Regierung und die amtlichen Stellen gerichteten Lohn- und währungspolitischen Forderungen zwingen die Spitzenorganisationen der deutschen Arbeitnehmerverbände, auch ihrerseits der Reichsregierung die von den deutschen Gewerkschaften vertretene Auffassung über Lohnhöhe und Lohnanteil darzulegen.

Die Verhandlungen über die Lohnregelung für die im Eisenbahn- und Postdienst beschäftigten Arbeitnehmer beweisen, daß die Reichsregierung fürchtet, durch eine Erhöhung des derzeitigen Lohnniveaus die deutsche Wirtschaft und damit die Rentenmarkwährung zu gefährden. Der Beschluß der Reichsregierung die von dem Reichsarbeitsminister beantragte, an sich viel zu geringe Erhöhung der Unterstützung für die Erwerbslosen abzulehnen, geht von der gleichen Befürchtung aus. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat in ihrem Rundschreiben ausgesprochen, daß es Pflicht der Regierung sei, sich gegen die „mit einer allgemeinen Lohnerhöhung für die Währung verbundenen Gefahr mit allem Nachdruck zu stemmen. Vom Reichsarbeitsminister und den Schlichtern wird verlangt, daß auch sie ihrerseits diesen Gefahren Rechnung tragen,“ d. h. ihren amtlichen Einfluß gegen Lohnerhöhung einlehen. Die Lohnerhöhung wird als die schwerste der Rentenmarkt und der Wirtschaft und damit auch der Arbeiterschaft drohende Gefahr bezeichnet. In der Stellungnahme der Reichsregierung zu der Frage der Lohnregelung für die im Eisenbahn- und Postdienst beschäftigten Arbeitnehmer erblicken die Gewerkschaften die Auswirkung des von der Spitzenorganisation der deutschen Arbeitgeber auf die Reichsregierung ausgeübten Druckes.

Die unterzeichneten Spitzenorganisationen wenden sich mit allem Nachdruck gegen die einseitige Auffassung, daß von der Lohnseite her der deutschen Wirtschaft ernste Gefahren drohen und daß zur Vermeidung dieser Gefahren der Lohnanteil des deutschen Arbeiters und damit seine Lebenshaltung auf das alleräußerste eingeschränkt bleiben müsse. Der deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte leidet seit Jahren unter der von den Interessenten

geschicht genährten Auffassung, daß die im internationalen Güteraustausch vorhandene Abfederung der deutschen Wirtschaft auf Kosten seines Lohnanteils ausgeglichen werden müsse. Das Resultat dieser Auffassung ist eine sozialpolitisch und wirtschaftspolitisch gleich bedeutende Senkung der Lebenshaltung dieser Schichten. Wirtschaftspolitisch bedenklich vor allem deshalb, weil der Innenmarkt durch die Herabminderung der Kaufkraft stark zerrütet und die Bedarfsdeckung vielfach in falsche Bahnen gedrängt wurde. Diese Entwicklung ist um so bedenklicher, als sie Deutschland im steigenden Maße dem Vorwurf des sozialen Dumpings aussetzt und damit zu gesteigerten Abwehrmaßnahmen des Auslandes bereits geführt hat, während in Wirklichkeit infolge der zu hohen Exportpreise die Ausfuhr trotz Niedrighaltung der Löhne nicht in Gang kommt. Das Herabdrücken der Arbeitsbedingungen verleitet insbesondere durch den relativ sinkenden Lohnanteil am Produkt zu einer Vernachlässigung der technischen und betriebsorganisatorischen Verbesserungen und damit zu einer dauerhaften Schädigung der Wirtschaftsgrundlagen. Sie führt weiter zu dem bedauerlichen Abwandern von hoch qualifizierten Arbeitskräften in das Ausland, die dort eine wesentliche Bereicherung der mit uns konkurrierenden Industrie darstellt.

Die Tatsache der Erschwerung unseres Exportes durch Antidumpingzölle und Reparationslasten wird anerkannt. Ebenso, daß die Zurückgewinnung des Exportes Voraussetzung der deutschen Wirtschaftsentwicklung ist. Falsch aber ist es, die Ursache der für den Auslandmarkt zu hohen Preisstellung der deutschen Waren im Lohnanteil oder den sonstigen Arbeitsbedingungen des deutschen Arbeiters zu suchen. Die im Vergleich zum Weltmarkt niedrigen Arbeitslöhne müßten der Industrie starke Absatzmöglichkeiten schaffen, falls sie eine elastischere und gelendere Preispolitik durchführte. Im Wettbewerb auf dem Auslandsmarkt hat die deutsche Industrie hinsichtlich der Löhne einen außerordentlichen Vorsprung.

Hinsichtlich des Arbeitseffektes hält der deutsche Arbeitnehmer jeden Vergleich mit dem Arbeitnehmer des Auslandes aus. Die gelegentlich veröffentlichten Zahlen über einen Rückgang des deutschen Arbeitseffektes entstammen sämtlich einseitig beeinflussten Interessententzügen. Aber es muß darauf hingewiesen werden, daß die gleiche Klage in jedweden anderen Lande erhoben wird, sobald ein Sinken des Arbeitseffektes in Deutschland, wenn solches im einzelnen Falle wirklich nachweisbar wäre, kompensiert würde durch die gleichen Erscheinungen im Auslande. Die früher von der deutschen Wirtschaft beklagte Unwirtschaftlichkeit der Arbeit infolge der Auswirkung des Entlassungsdruckes des resp. des mangelnden Entlassungsrechtes des Arbeitgebers ist durch den Fortfall der Demobilmachungsbestimmungen beseitigt, jedoch heute ein tatsächlicher Rückgang des Arbeitseffektes durch eine dem Arbeitgeber mögliche Arbeitsorganisation beobachtet werden kann.

Auch der Einwand, daß die Vorbelastung der deutschen Wirtschaft durch Steuern und sozialpolitische und andere Verpflichtungen sehr viel stärker sei als im Auslande und daß ein Ausgleich nur durch entsprechende Lohnsenkung erfolgen könne, ist nicht stichhaltig. Einmal ist diese Vorbelastung nicht so hoch, wie von den Interessenten behauptet, zum anderen muß beachtet werden, daß die öffentlichen Finanzen anderer Länder sehr starke Ansprüche an die Steuerkraft der dortigen Wirtschaft stellen.

Wenn trotz des ganz erheblich geringeren Lohnanteils und trotz eines zur Zeit mindestens gleichwertigen Arbeitseffektes die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Waren bedroht ist, so muß nach den wirklichen Gründen dieser Erscheinung geforscht werden. Die wesentlichste Ursache der Schwierigkeiten liegt in einer in der Inflation hervorgerufenen und immer noch künstlich aufrecht erhaltenen falschen Organisation unserer Wirtschaft. Es werden die gänzlich unwirtschaftlichen Betriebe im Handel, Gewerbe und Bankwesen künstlich durchgehalten. Dadurch wird die Lebenshaltung der breiten Volksmassen in unproduktiver Weise verteuert und das Preisniveau gesteigert.

Es ist die Ausscheidung der zahlreichen parasitischen Zwischenglieder aus der Wirtschaft notwendig, die heute durch den übermäßigen Gewinn

bei einem relativ kleinen Umsatz künstlich gehalten werden. In einer Zeit, die Millionen von Arbeitern beschäftigungslos machte und einem fürchterlichen Elend auslieferte, ist die Zahl der Konkurse kaum merklich gestiegen, d. h. Konkurse sind tatsächlich fast gar nicht eingetreten. Dieses war nur möglich, weil der warenvertreuende Gewinn ungeheuer hoch war. Statt eines möglichen Unternehmer-Gewinnes werden viel zu hohe Ansätze für Risikoprämien, Eigenkapital und Unternehmer- und Handelsgewinn in die Kalkulation eingestellt. Diese Gesamtbelastung bildet ein Vielfaches des früher üblichen Unternehmer-Gewinnes. Ein Preisabbau von auch nur 1 Prozent würde in seinen Auswirkungen etwa eine Milliarde Goldmark jährlich erreichen und damit den Reallohn der breiten Massen beträchtlich steigern. Diese Tatsachen werden auch allgemein anerkannt. Trotzdem soll fortgeföhrt werden, steigende Gewinne unter Aufrechterhaltung der Preise durch weitere Minderrung des Reallohnes zu erzielen, anstatt Wege zu suchen, die geeignet sind, eine falsche Wirtschaftsorganisation umzustellen, die auch bei denkbar niedrigsten Löhnen jede Wiedergesundung unmöglich machen würde. Ursache dieser verteuerten Belastung ist u. a. die falsche Kreditpolitik, die den unwirtschaftlichen Betrieben und Zwischengliedern ihr Durchhalten und das Aufstapeln der Warenbestände ermöglicht.

Die Gewerkschaften müssen es ablehnen, einer weiteren Steigerung des „Entbehrungsfaktors“ der breiten arbeitenden Massen untätig zuzusehen, nach dem die Erfahrung zeigt, daß diese Entbehrung nicht zugunsten der Steigerung des deutschen Wettbewerbs oder der deutschen Produktivität, sondern zugunsten von Luxusverbrauch der höheren Schichten, unwirtschaftlicher Gestaltung der Volkswirtschaft und Einschränkung der wichtigsten Produktionsgrundlagen der Wirtschaft, nämlich des Inlandsverbrauchs der breiten Bevölkerungsschichten der Arbeiterschaft und des Mittelstandes erreicht wird.

Die Gewerkschaften müssen daher fordern: angemessene Erhöhung der Löhne entsprechend den steigenden Lebenshaltungskosten und dem Lohnanteil in der Vorkriegszeit und in den konkurrierenden Auslandsindustrien. Belastungen der Wirtschaft und des Volkes durch die außenpolitische Lage Deutschlands dürfen nicht einseitig von der Arbeitskraft allein, sondern müssen zugleich vom Kapital und durch Verringerung der zwischenkapitalertrag und Arbeitskraft eingehaltene übermäßig großen Kosten an Zwischenhändlern und Zwischenhändler getragen werden. Der notwendige Preisabbau muß erreicht werden durch Verringerung des Kapitalprofites, Aushaltung der überflüssigen Zwischenglieder und Zwischenkosten. Dem durchgeführten Beamten- und Angestelltenabbau in der Verwaltung muß ein nicht minder rücksichtsloser Abbau der überflüssigen Zwischenglieder und veralteten Arbeitsmethoden der Wirtschaft entsprechen. Erst daraus ergibt sich dann eine Steigerung der Massenkaufkraft, die ihrerseits die Arbeitskraft und den Beschäftigungsgrad hebt und damit die toten Kosten in Staat und Wirtschaft senkt.

Unsere Kranken- und Sterbekasse.

Von jeher hat bei unsern Einrichtungen innerhalb unseres Gewerksvereins unsere Kranken- und Sterbekasse eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Die Zwangsversicherung in den Orts- und Betriebskrankenkassen eingeföhrt wurde, hat unsere Krankenkasse schon segensreich gewirkt. Zur Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen ist der Gewerksverein geschaffen, auf dessen Errichtung es in erster Linie ankommt. Die günstigsten Lohn- und Tarifabschlüsse können jedoch nicht verhindern, daß dieser oder jener Kollege Wochen, ja Monate lang auf das Krankenlager geworfen wird, selbst die stärksten Naturen sind dagegen nicht gefeit. Wir als ernste Männer der Arbeit wissen, was wochenlange Arbeitslosigkeit für uns bedeutet, welche Not und Entbehrungen in dieser Zeit getragen werden müssen. Weit schlimmer sieht es bei einer längeren Krankheit aus. Neben der Sorge um das tägliche Brod erwachen durch die

